



**Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.**

## **Rechtspfleger-Kurier**

Ausgabe III/2010

Jahrgang 43

### **Delegiertentag des Verbands Bayerischer Rechtspfleger e.V. in Wildbad Kreuth vom 10. bis 12. Juni 2010**

An den wohl sonnigsten und heißesten Tagen des bisherigen Jahres lud der Verband Bayerischen Rechtspfleger die gewählten Delegierten zum alle fünf Jahre stattfindenden Delegiertentag nach Wildbad Kreuth ein. Über 90 Delegierte und Gäste machten sich daher auf den Weg in Bayerns Süden, um in einer Bilderbuchlandschaft über Verbandsangelegenheiten zu diskutieren und zu entscheiden.



*Wildbad Kreuth*

Das ehemalige Wildbad ist aktuell ein Tagungsort der Hanns-Seidel-Stiftung und für jedermann zugänglich. Es liegt idyllisch südlich des Tegernsees und ist

auch zum Arbeiten eine wunderbare Örtlichkeit. Der Bezirksverband München als ausrichtender Bezirksverband hat großes Organisationstalent bewiesen und bis ins Detail hervorragende Arbeit geleistet. Von allen Beteiligten daher an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön! Im Anschluss an eine Vorstandssitzung am Donnerstagvormittag, besprach die Hauptverwaltung in ihrer nachmittäglichen Sitzung die Tagesordnungspunkte des Delegiertentags. Nach einem wunderbaren Abend mit Blick auf das umgebende Bergpanorama kamen die Delegierten am Freitag früh zusammen. Es waren bis auf den Be-

### **Inhaltsverzeichnis**

- ◆ Delegiertentag in Wildbad Kreuth vom 10. bis 12.06.2010 S. 1
- ◆ Der neue Landesvorsitzende Peter Hofmann stellt sich vor S. 4
- ◆ Einheitliche Bezeichnung für Rechtspfleger S. 5
- ◆ Im Gespräch: Staatssekretär Dr. Marcel Huber S. 6
- ◆ Hauptausschusssitzung des BBB am 17.06.2010 S. 8
- ◆ MD Peter Küspert zieht die Gewinner des Neujahrsrätsels 2010 S. 9
- ◆ Diverses S. 10

zirksverband Ingolstadt (wegen Krankheit entschuldigt) alle Bezirksverbände vertreten.

Das gewählte Tagungspräsidium bestand aus dem Tagungspräsidenten Peter Herrmannsdörfer und den Beisitzenden Roswitha Edenharter und Ramona Pahre.

Der Vorsitzende Kurt Rosemann verzichtete auf ein Vorlesen des Geschäftsberichts der Vorstandschaft, da dieser im Kurier II/2010 abgedruckt ist. Fragen hierzu wurden nicht gestellt. Nach dem ausführlichen Kassenbericht des Kassensführers Dieter Santl und dem Bericht der Rechnungsprüfer, wurde dem Vorstand und der Hauptverwaltung Entlastung erteilt. Anträge auf Satzungsänderungen lagen keine vor.

Eine der Hauptaufgaben der Delegierten liegt in der Wahl der Vorstandschaft für die kommenden fünf Jahre bis zum nächsten Delegiertentag.

Der Vorsitzende Kurt Rosemann stellte sich leider aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wahl. Ebenso wollte das

langjährige Vorstandsmitglied und stellvertretende Vorsitzende Elisabeth Pauli ihr Vorstandsamt zur Verfügung stellen. Nach persönlicher Vorstellung der vorgeschlagenen Vorstandsmitglieder wurde über die Person des Vorsitzenden und seiner 5 Stellvertreter in geheimer Wahl abgestimmt.

Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der Kollege Peter Hofmann, BV Bamberg, gewählt. Er ist derzeit Sachgebietsleiter bei der Landesjustizkasse Bamberg und langjähriges Mitglied in der Vorstandschaft.

Mit jeweils großer Mehrheit wurden als stellvertretende Vorsitzende gewählt:

- Claudia Kammermeier (BV Traunstein)
- Tanja Raab (BV Nürnberg)
- Georg Saffert (BV Schweinfurt)
- Robert Schmid (BV Regensburg)
- Wolfgang Simon (BV Augsburg).

Zur Schriftführerin wurde Christine Hofstetter (BV Würzburg) und zum Kassensführer Dieter Santl (BV München) wiedergewählt. Zur Wiederwahl stellten sich auch die Kassensprüfer Hella Oberhofer und Günther Frohnauer (jeweils BV München), der Jugendbeauftragte Andreas Hofmann (BV Bamberg) und die Schriftleiterin des Kuriers Daniela Woite (BV München), die jeweils ohne Gegenstimmen gewählt wurden.



*Die neue Vorstandschaft*

Das Mittagessen auf der wunderschönen Terrasse der berühmten hölzernen Molkehalle des Gebäudekomplexes versprach Erholung und Stärkung und so konnte die Tagung um 13.30 Uhr in guter Stimmung fortgesetzt werden.

Der Tagesordnungspunkt bezüglich der Dachverbände hatte sich insofern erledigt, als der BDR einen Austritt aus dem DBB nun nicht mehr in Betracht zieht.

Die vom BDR mehrheitlich – ohne der Stimme Bayerns - beschlossene Beitragserhöhung von monatlich Euro 1,14

pro aktives Mitglied löste eine intensive Diskussion aus. Letztendlich ist diese Beitragserhöhung aber hinzunehmen und wird durch erhebliche verbandsinterne Einsparungen gegenfinanziert. Dies wird zwar zu einer Mehrbelastung der einzelner Vorstandsmitglieder führen, verhindert aber eine Beitragserhöhung für die Mitglieder.

Weiteren Diskussionsbedarf löste die Problematik der Amtsbezeichnung der Berufsgruppe der Rechtspfleger im Rahmen der Dienstrechtsreform aus. Da eine Neubezeichnung wegen Wegfalls von Verzahnungsämtern ab A 13 zwingend ist, wurde seitens des Justizministeriums eine durchgängige Amtsbezeichnung für Rechtspfleger von A 9 bis A 16 vorgeschlagen, unabhängig von ihren jeweiligen Tätigkeiten. Hierzu erläuterten die angereisten Vertreter des Ministeriums, Herr MR Zwirger und Herr MR Dr. Schulz die Situation und das Für und Wider ihres Vorschlags und antworteten auf die Fragen der Delegierten. Beide Vertreter des Ministeriums boten an, bei den Versammlungen der einzelnen Bezirksverbände persönlich über die Thematik zu referieren und Fragen zu beantworten.

Nachdem die Argumente für eine einheitliche Bezeichnung überzeugten, stimmte der Delegiertentag mit nur vier Gegenstimmen und einer Enthaltung für die einheitliche Bezeichnung „Rechtspflege...“ ab dem 01.01.2011. Zur Situation und zu den Gründen für diese Entscheidung siehe die Erläuterungen im gesonderten Artikel in diesem Kurier.

Die Delegierten bestätigten anschließend 3 Entschlüsse zum Wegfall der Richtervorbehalte in Nachlass- und Registersachen bzw. gegen die Aufgabenübertragung der Nachlasssachen auf die Notare.

Der letzte Abstimmungspunkt betraf die Anträge auf Ernennung von Kurt Rosemann zum Ehrenvorsitzenden und Elisabeth Pauli und Helga Morvilius zu Ehrenmitgliedern des Verbands. Alle drei Anträge wurden angenommen und mit

großem Applaus bekräftigt, der auch den Dank und die Anerkennung für die geleistete Arbeit ausdrücken sollte.

Der nächste Delegiertentag wird voraussichtlich vom BV Amberg ausgerichtet werden.

In seinem Schlusswort brachte der neue Vorsitzende Peter Hofmann nochmals seine Freude aber auch seinen Respekt vor dem neuen Amt zum Ausdruck. Er möchte es sich zur Aufgabe machen den Kontakt zu den Mitgliedern zu intensivieren, neue Mitglieder zu gewinnen und mit der daraus gewonnenen Dynamik die Verbandsarbeit erfolgreich fortsetzen.

Der Tag klang aus mit Soulmusik eines beeindruckenden Musikduos auf besagter Terrasse und guten Gesprächen in fröhlicher Stimmung.

Zum Festakt am Samstag durfte der Verband viele Gäste aus Politik und Justiz begrüßen. Auch die Bayerische Staatsministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Frau Dr. Beate Merk, leistete der Einladung Folge und zog in ihrer Ansprache Parallelen zwischen der Arbeit als Rechtspfleger in der Bayerischen Justiz mit dem Team der deutschen Fußballnationalmannschaft bei der derzeitigen WM. Nach dieser Ansprache der Ministerin, den Grußworten der politischen Parteien und des Vertreters des BBB Rolf Habermann referierte der Festredner Dr. Steffen Roller, Mitglied des deutschen Richterbunds, über das Thema Selbstverwaltung der Justiz. Der Vortrag brachte den Zuhörern auf anschauliche



Weise diese Thematik nahe und ermöglichte damit die Grundlage zu einer zukünftigen Diskussion.

Musikalisch umrahmt wurde das Programm von dem niederbayerischen Duo Krojer-Kellerer mit erfrischend munteren Stücken, die bei den Gästen große Begeisterung auslösten.

Der Festakt und damit auch der Delegiertentag klangen im Sonnenschein und unvermindert schönem Panorama bei einem Stehempfang und intensivem Gedankenaustausch aus.

Ein herzliches Vergelt's Gott allen Delegierten und allen Gästen von nah und fern für ihr Kommen und für ihr Engagement um die erfolgreiche Zukunft unseres Berufsstands.

Daniela Woite

## **Der neue Landesvorsitzende Peter Hofmann stellt sich vor**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einstimmig wurde ich in Wildbad Kreuth vom Delegiertentag des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger e.V. zum Vorsitzenden gewählt. Das freut mich sehr und ist für mich Ansporn, meiner neuen Aufgabe gerecht zu werden.

Zur Person:

Ich bin 1958 in Bamberg geboren; verheiratet (drei bereits erwachsene Töchter);

derzeit arbeite ich als Sachgebietsleiter bei der Landesjustizkasse Bamberg. Dem Landesvorstand gehöre ich seit 2001 an. Ebenso bin ich Mitglied im Hauptpersonalrat.

Themen:

Mit Vehemenz werden wir als Landesvorstand weiterhin gegen die geplante Übertragung der Nachlasssachen auf die Notare vorgehen.

Gleichzeitig fordern wir den Wegfall der Richtervorbehalte in Nachlass- und Han-

delsregistersachen. Durch den Delegiertentag wurden wir in diesen Forderungen bestärkt.

Mein besonderes Anliegen ist es, mehr Beförderungsstellen in den Bereichen A 10 und A 11 zu erhalten, sowie nach sehr mageren Jahren endlich auch wieder Stellenmehrungen für Rechtspfleger zu bekommen. Hierfür treten wir bei den Eingaben und Gesprächen zum anstehenden Doppelhaushalt 2011/2012 ein.

Den aktuellen Beschluss des Delegiertentages sich für einen einheitlichen Zusatz „Rechtspflege-“ bei den Amtsbezeichnungen von A 9 bis A 16 auszusprechen, sehe ich als Chance, künftig als Berufsgruppe stärker wahrgenommen zu werden und als Schritt hin zu einer auch einheitlichen Amtsbezeichnung „Rechtspfleger“.



Ausblick:

Gerade im Hinblick auf die anstehenden Personalratswahlen im nächsten Jahr ist es wichtig als Verband stark aufzutreten. Dies gelingt nur mit vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen, die bereit sind sich für ihre Mitkollegen solidarisch einzusetzen und etwas für die Justizgemeinschaft zu tun.

In diesem Sinne ist es wichtig, Kolleginnen und Kollegen anzusprechen und sie als Mitglieder zu gewinnen. Dies wird uns leichter gelingen, wenn wir im Ver-



band eine Kultur des Miteinanders und des steten Austausches pflegen. In diesem Zusammenhang weise ich auf die Website des Verbandes unter [www.rechtspflegerverband-bayern.de](http://www.rechtspflegerverband-bayern.de) hin.

Dank

Den bisherigen Vorsitzenden, allen voran dem leider zu früh verstorbenen Gerhard Detter und Kurt Rosemann, gilt es Dank zu sagen für ihren Einsatz.

So wie der Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V. sich derzeit darstellt, haben sie ihn geprägt, vor allem aber ist dies auch dem rührigen Vorstand zu verdanken, bei dem jeder für sich gesehen den Verband vertritt. Es macht Spass mit und in dieser Mannschaft zu arbeiten.

So bitte ich darum, uns allen Ihr Vertrauen entgegenzubringen und mit uns für unseren Berufsstand einzutreten.

Peter Hofmann

## **Einheitliche Bezeichnung für Rechtspfleger Delegiertentag des Verbandes spricht sich für den einheitlichen Zusatz "Rechtspflege-" zu den Amtsbezeichnungen für Rechtspfleger aus**

Durch das Gesetz zum Neuen Dienstrecht in Bayern werden sich voraussichtlich nicht unerhebliche Änderungen bei den Amtsbezeichnungen ergeben. Die vorgesehene Schaffung einer einheitlichen Leistungslaufbahn und die Abschaffung der vier Laufbahngruppen lassen die bisherigen Verzahnungsämter entfallen. Im Bereich der Rechtspfleger fällt somit die Amtsbezeichnung "Oberamtsrat/rätin" weg. Außerdem wird es notwendig, die Zusätze zu den Amtsbezeichnungen neu zu regeln.

Zu den künftig denkbaren Möglichkeiten für Amtsbezeichnungen im Justizbereich

referierten beim Delegiertentag des Verbandes die Ministerialräte Andreas Zwerger und Dr. Carsten Schulz vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Nach deren Ausführungen stehen für den Bereich der künftigen Qualifikationsebene 3 (bisher: gehobener Dienst) nach dem Gesetzentwurf zum Neuen Dienstrecht in der Fassung, die voraussichtlich demnächst verabschiedet wird, folgende Alternativen zur Verfügung:

1. Die bisherigen Amtsbezeichnungen bleiben bestehen, wobei der bisherige Oberamtsrat dann Rechtspflegerat/-rätin oder nur Rat/Rätin heißen würde.

Zur Verwendung des Zusatzes "Regierungs-" wie im bisherigen höheren Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienst für bisherige Oberamtsräte im Rechtspflegerdienst wurde seitens der Ministeriumsvertreter allerdings ausgeführt, der Zusatz "Regierungs-" spiegle exekutive Tätigkeiten wider, die der klassische Rechtspfleger gerade nicht ausübe. Gegen dessen Verwendung im reinen Rechtspflegerbereich bestünden somit rechtliche Bedenken, da die Zusätze zu den Amtsbezeichnungen auf Grund der gesetzlichen Vorgaben tätigkeitsbezogen zu wählen seien.

Ferner wurde erklärt, der Zusatz "Justiz-" sei im Gesetzentwurf nur bis zur Besoldungsgruppe A 12 vorgesehen. Darüber hinaus stehe er nicht zur Verfügung.

Damit blieben als mögliche Alternativen noch:

2. Die bisherigen Amtsbezeichnungen bleiben in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 bestehen. Nur in oder ab der Besoldungsgruppe A 13 aufwärts wird der Zusatz "Rechtspflege-" verwendet.

3. Den Besoldungsgruppen A 9 bis A 16 wird im Bereich der Rechtspfleger der Zusatz "Rechtspflege-" vorangestellt. Damit wird nach außen dokumentiert,

dass es sich vom Rechtspflegeinspektor bis hin zum Leitenden Rechtspflegedirektor um einen eigenen Bereich innerhalb der Fachlaufbahn Justiz handelt, der sich von anderen innerhalb und außerhalb der Justiz durch das Erfordernis, die Rechtspflegerprüfung bestanden zu haben, deutlich abgrenze. Dies könne künftige Personal- und Besoldungsverhandlungen erleichtern und würde den Rechtspflegerstand insgesamt deutlich stärken.

Herr Zwerger und Herr Dr. Schulz verabschiedeten sich vom Delegiertentag mit dem Hinweis, dass in der Frage der Amtsbezeichnung nichts über die Köpfe der Bediensteten hinweg entschieden werden solle. Dem Ministerium sei deshalb die Meinung des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger besonders wichtig, auch was die Frage nach der Art der Umsetzung des gefassten Beschlusses betreffe.

Der neue Landesvorsitzende Peter Hofmann zeigte sich bei dem Aufruf des Tagesordnungspunktes zur Diskussion, erfreut darüber, dass der Delegiertentag als oberstes Organ des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger über diese alle bayerischen Rechtspfleger betreffende Frage entscheiden könne, weil hierdurch eine Beteiligung vieler Kolleginnen und Kollegen aus allen Bezirksverbänden gewährleistet sei.

In den anschließenden Redebeiträgen wurde vielfach die Notwendigkeit der Änderung in Frage gestellt. Habe man keine anderen Probleme, war eine oft gehörte Meinung von Mitgliedern. Durch die Verwendung des einheitlichen Zusatzes für die Amtsbezeichnungen der Rechtspfleger sahen viele Delegierte die Möglichkeit, einer einheitlichen Amtsbezeichnung für alle Rechtspfleger, oder dem vom Bund Deutscher Rechtspfleger geforderten "Rechtspflegeramt" näher zu kommen, obgleich der "Rechtspflegeinspektor" als "Wortungetüm" bezeich-

net wurde.

Relativiert wurde auch die Bedeutung der Amtsbezeichnung, vor allem im privaten Bereich. Kaum jemand würde sich bei der Frage nach seinem Beruf als Justizamtmann oder künftig: Rechtspflegeamtmann, sondern schlichtweg als Rechtspfleger bezeichnen, war eine Aussage.

Ob eine einheitliche Bezeichnung Vorteile bringe, wurde bezweifelt, allerdings gegenüber einer zersplitterten Lösung als vorteilhafter gesehen. Die Chance sich deutlicher von anderen Berufsgruppen abzugrenzen und damit erfolgreicher für den Rechtspfleger eintreten zu können, müsse ergriffen werden, meinten viele.

Mit deutlicher Mehrheit stimmte der Delegiertentag letztlich der Verwendung des Zusatzes "Rechtspflege-" bei den Amtsbezeichnungen für Rechtspfleger in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 16 zu. Ebenso deutlich wurde eine Umstellung für alle Betroffenen mit Inkrafttreten des Neuen Dienstrechts, also zum 01.01.2011 befürwortet.

Peter Hofmann

## **Staatssekretär Dr. Marcel Huber im Gespräch mit Bayerischem Richterverein und Rechtspflegerverband**

**Traunstein/Ampfing** Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Dr. Marcel Huber, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, trafen sich der Bezirksvorsitzende des Bayerischen Richtervereins und Vertreter der Rechtspfleger vom Bezirksverband Traunstein zu einem Erfahrungsaustausch in Ampfing.

Gesprächsschwerpunkt war zunächst die am 01.01.2011 in Kraft tretende Dienstrechtsreform in Bayern. Der Bezirksvorsitzende des Richtervereins Dr. Ludwig Kroiß machte deutlich, dass durchaus bei verschiedenen Punkten noch nachgebessert werden muss. Es ginge hier in erster Linie darum, die Leiter ungefähr gleich großer Behörden auch gleich zu besolden. Bisher hängt die Einstufung der Gerichtsvorstände von der Anzahl der Richterstellen ab, die Zahl der Rechtspfleger spielt dabei keine Rolle. Für die Amtsgerichte am Sitz der Landgerichte, welche im Regelfall über zusätzliche Abteilungen wie das Registergericht, das Insolvenzgericht und das Vollstreckungsgericht verfügen, sei dieser Umstand besonders nachteilig. Auf Vorschlag von Dr. Kroiß sollten daher auch die Rechtspfleger, welche bei den Amtsgerichten unbestritten als „Entscheider“ tätig sind, in die Stellenbewertung einbezogen werden.

Der Bezirksvorsitzende des Rechtspfliegerverbandes Albert Dirnberger bedauerte, dass im Gesetzentwurf die besondere Bedeutung der Rechtspfleger für die Dritte Gewalt überhaupt keinen Niederschlag findet.

Hauptthema des Erfahrungsaustausches war die weiterhin in Vorbereitung stehende Übertragung der Nachlassgerichte auf die Notare. Die anwesenden Vorstandsmitglieder Wolfgang Benischke und Oskar Stoiber zeigten die Argumente des Rechtspfliegerverbandes auf, welche zweifelsfrei gegen eine Übertragung der Nachlassgerichte sprechen. Besonders interessiert zeigte sich MdL Huber als ihm die mit der „Reform“ verbundenen hohen Belastungen für den rechtsuchenden Bürger dargelegt wurden. Deutlich machte dies Benischke u. a. an der dann anfallenden Mehrwertsteuer und un-

übersichtlichen Zuständigkeitsregeln; jeder Bürger kenne das zuständige Amts- bzw. Nachlassgericht. Dr. Kroiß unterstützt die Auffassung der Rechtspfleger und befürchtet im Fall der Übertragung eine Schwächung der Gerichte.

Abschließend wies Albert Dirnberger auf die unbefriedigende Einstellungspraxis bei der Justiz hin. So sei es inzwischen Gewohnheit, dass die Einstellungszahlen regelmäßig unter dem tatsächlichen Bedarf liegen und sodann die fehlenden Berufsanfänger im Service- wie im Rechtspflegerbereich bei anderen Bundesländern abgeworben werden müssten. Es könne nicht sein, so Dirnberger, dass ein Land wie Bayern langfristig nicht selbst seinen jungen Menschen die nötigen Ausbildungsstellen anbietet. Dr. Kroiß beanstandete in diesem Zusammenhang auch, dass, während Justizvollzug, Polizei und Finanz laufend mit notwendigen neuen Stellen ausgestattet wurden, die angespannte Personalsituation bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften scheinbar keine Beachtung findet.



Das Gespräch fand im Bürgerbüro des Staatssekretärs Dr. Marcel Huber (rechts im Bild) in Ampfing statt. Weiter sehen Sie Oskar Stoiber, Wolfgang Benischke, Albert Dirnberger und Dr. Ludwig Kroiß (v. l.)

Der BV Traunstein

## Hauptausschusssitzung des BBB am 17.06.2010 in München

Die jährliche Tagung des Hauptausschusses des BBB fand auch dieses Mal wieder in München statt. Der Vorsitzende Rolf Habermann konnte neben dem Staatsminister der Finanzen zahlreiche Vertreter aus Politik und Verwaltung, sowie die Vertreter der Mitgliedsverbände hierzu begrüßen. Zentrales Thema der Sitzung war die Dienstrechtsreform, die zum 01.01.2011 wirksam werden soll.

In seiner Einführungsrede bedankte sich Habermann für die herausragend gute Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten bei dem größten Reformwerk in der jüngeren Geschichte des Bayerischen Landtags. Obwohl noch einige Fragen ungeklärt seien und manche Umsetzung nicht ganz wunschgemäß erfolgt sei, z.B. die flexiblere Regelung des Ruhestandeintritts, wäre die Dienstrechtsreform doch ein großer Gewinn für alle Beamten Bayerns. Sie stellt eine gesunde Mischung zwischen Bewährtem und Neuem dar.

Nach den Grußworten des 1. Vizepräsidenten des Landtags, sowie der Vertreter der politischen Parteien, bedankte sich der Staatsminister der Finanzen Georg Fahrenschon bei den Mitarbeitern des öffentlichen Diensts für ihr Engagement und ihre Arbeitsleistung. Der öffentliche Dienst sei die tragende Säule des Gemeinwesens, der auch in Zeiten der Krise einen hohen Beitrag zur Stabilität erbracht habe. Insbesondere die Umsetzung des Konjunkturpakets II war eine große Herausforderung. Eine Verschiebung der Dienstrechtsreform komme daher nicht in Frage. Inwieweit die notwendigen Sparmaßnahmen des Freistaats, vor allem nach der Steuerschätzung im November 2010, Verzögerungen bei der Umsetzung der Dienstrechtsreform notwendig machen, bleibe abzuwarten.

Unangetastet bleibe aber die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden.

(Die Rede des Finanzministers ist auf der Homepage des BBB im Wortlaut nachzulesen).



*v.l. MdL Ingrid Heckner, Finanzminister Georg Fahrenschon, BBB-Vorsitzender Rolf Habermann*

Herr Hüllmantel, Ministerialdirigent des Staatsministeriums der Finanzen, erläuterte noch das weitere Vorgehen zur Umsetzung der Dienstrechtsreform. Es werden im Herbst 2010 Schulungen der Mitarbeiter erfolgen. Die Schulung der Personalräte hat durch die Berufsverbände zu erfolgen. Im Internet werden Informationsplattformen installiert, die allen Interessierten zugänglich sein werden.

Habermann beendete die Sitzung nach der Diskussion über die weiteren Tagesordnungspunkte mit dem Hinweis auf die Personalratswahlen, vermutlich am 18./19. Mai 2011 und dem Delegiertentag des BBB vom 6.-8.04.2011 in Nürnberg. (weitere Informationen auf der Homepage des BBB, [www.bayerischer-beamtenbund.de](http://www.bayerischer-beamtenbund.de)).

Daniela Woite



## Ministerialdirigent Peter Küspert zieht die Gewinner des Neujahrrätsels 2010

Das diesjährige Rätsel des Verbands Bayerischer Rechtspfleger e.V. fand wieder regen Zuspruch. Bis zum letzten Tag vor dem Einsendeschluss fanden viele und durchweg richtige Lösungen ihren Weg zu mir. Das gesuchte Wort war natürlich „Schönfelder“, der rote Begleiter unseres Arbeitstags.



MD Peter Küspert, Daniela Woite

Die Rolle der Glücksfee übernahm dieses Mal dankenswerterweise Herr Peter Küspert, Ministerialdirigent beim Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, im Rahmen der Festveranstaltung des Delegiertentags des Verbands Bayerischen Rechtspfleger e.V. Ihm und natürlich Herrn Dr. Schleicher, Verlagsleiter des Giesekingverlags und Spender der Buchpreise, ein herzliches Dankeschön. Es wurden folgende fünf Gewinner gezogen:

5. Preis: Reinhold Schmidt, Bezirksrevisor, LG Ansbach  
Zimmermann, JVEG Kommentar
4. Preis: Tina Reinke, Amtsgericht Ansbach  
Baronin von König, Zivilprozess- und Kostenrecht, 2. Auflage
3. Preis: Walter Kral, BFH Schule FB Rechtspflege, Starnberg  
Dassler/Schiffhauer/Hintzen/Engels/REI-lermeyer, ZVG, 13. Auflage
2. Preis: Wolfgang Zagel, Amtsgericht Amberg  
Arnold/Meyer-Stolte/Herrmann/Rellermeyer/Hintzen, RpfLG, 7. Auflage
1. Preis: Thomas Hanke, Amtsgericht Weißenburg i.OB  
Bork/Jacob/Schwab, FamFG, Kommentar

Herzliche Gratulation allen Gewinnern !

Peter Küspert stellte sich freundlicherweise noch für ein kurzes Interview zur Verfügung:

*Herr Küspert, Sie sind seit dem 01.01.2010 Personalchef beim Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Wie geht es Ihnen heute?*

Herr Küspert: Mir geht es ausgezeichnet. Es war für mich eine große Ehre dieses Amt antreten zu dürfen und ich freue mich über die interessanten Aufgaben und Herausforderungen die täglich auf mich zukommen. Ich habe als Präsident des Landgerichts Regensburg und Vorsitzender des Präsidialrats der ordentlichen Gerichtsbarkeit schon einige Erfahrung in Personalangelegenheiten gesammelt, das kommt mir nun zugute.

*Wie war Ihr beruflicher Werdegang?*

Ich stamme aus Hof, in Bayern ganz oben, habe in Regensburg studiert und in Regensburg und München die Juristischen Staatsprüfungen absolviert. Von 1983 bis 1985 war ich als Straf- und Jugendrichter bei den Amtsgerichten Garmisch-Partenkirchen und Wolfratshausen tätig. Die folgenden drei Jahre habe

ich als Referent in der Strafrechtsabteilung des Bundesministeriums der Justiz in Bonn gearbeitet. Nach meiner Rückkehr nach Bayern war ich Staatsanwalt und im Anschluss Zivilrichter in einer Berufungs- und Beschwerdekammer des Landgerichts Regensburg. Ab Ende 1991 war ich dann als Referent und Referatsleiter in der Abteilung Justizvollzug des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz in München mit Jugend- und Frauenstrafvollzug sowie mit Verfassungsbeschwerden und Landtageeingaben befasst. Nach einer Zwischenstation als Richter in zwei Zivilsenaten des Oberlandesgerichts Nürnberg bin ich Anfang des Jahres 2000 als Referatsleiter für Organisation, die Entwicklung des Personalbedarfsberechnungssystems PEBB§Y und stellvertretender Abteilungsleiter der Bau- und Haushaltsabteilung in das Justizministerium zurückgekehrt. Von Juli 2003 bis Ende 2009 war ich Präsident des Landgerichts Regensburg und seit April 2007 im Nebenamt berufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, bis ich erneut dem Ruf nach München in mein jetziges Amt gefolgt bin.

*Die ersten Monate im Amt waren sicher turbulent. Was war für Sie die größte Herausforderung?*

Mir war es besonders wichtig, die vordringlichen Probleme und Anliegen der verschiedenen Berufsgruppen der bayerischen Justiz kennen zu lernen und das Gespräch mit den Personal- und Verbandsvertretern zu suchen. Daneben haben mich das Neue Dienstrecht, die Haushaltsanmeldung und eine Reihe wichtiger Personalveränderungen im Ministerium selbst stark beschäftigt.

*Sie reisen täglich mit dem Zug um 6.47 Uhr von Regensburg nach München und kommen erst gegen 21 Uhr nach Hause zurück. Welche Hobbys müssen jetzt kürzer treten?*

Ich bin nach wie vor in verschiedenen Gremien und Vereinigungen ehrenamtlich tätig und versuche auch, kulturelle Aktivitäten nicht zu kurz kommen zu

lassen. Aber natürlich drängt sich jetzt am Wochenende vieles zusammen. Zum Ausgleich wirklich wichtig sind mir neben meiner Familie Wanderungen in den Bergen, die mir Ruhe und Kraft geben.

Ich bedanke mich für das Gespräch und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Zeit.

Daniela Woite, Schriftleiterin des Kuriers

## Diverses

- ◆ Justizministerin Dr. Beate Merk ist gegen eine Selbstverwaltung der Justiz. Sie erklärt: „Die Selbstverwaltung der Justiz bringt keinen Mehrwert, weder für die rechtsuchenden Bürgerinnen und Bürger noch für die Justizangehörigen... Es ist eine Illusion, dass Selbstverwaltungsgremien ohne Sitz und Stimme im Kabinett und ohne Verankerung im Parlament für die Justiz auch nur eine Stelle oder einen Euro mehr erreichen werden als ein Justizminister mit politischem Rückhalt in den Regierungsfractionen.“
- ◆ Statistik 2009 der Bayerischen Zeugenbetreuungsstellen: von knapp 10.000 Betreuungsfällen ging es in 6.506 Fällen überwiegend um die Beantwortung allgemeiner Fragen, vor allem zum Verfahrensablauf und zur Zeugenentschädigung. In 2.572 Fällen wandten sich Zeugen aus Angst vor Repressalien durch den Angeklagten oder andere Zeugen an die Zeugenbetreuungsstelle. 599 mal kamen die Zeugenbetreuer als "Babysitter" bei der Betreuung von Kindern zum Einsatz.
- ◆ Zum neuen Dienstrecht (s. dazu auch Bericht über die Sitzung des BBB-Hauptausschusses): Die Reform soll planmäßig zum 01.01.2011 in Kraft treten. Einer Verschiebung im Rahmen notwendiger Sparmaßnahmen wurde seitens der Staatsregierung eine Absage erteilt.

**Herausgeber:**

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: [info@rechtspflegerverband-bayern.de](mailto:info@rechtspflegerverband-bayern.de)

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter [www.rechtspflegerverband-bayern.de](http://www.rechtspflegerverband-bayern.de)

Vorsitzender Peter Hofmann, Bamberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.